

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08.03.2017
- 3 Entwicklungsbereich Krampnitz - Durchsetzung des Grunderwerbs von
Landesflächen
Vorlage: 15/SVV/0455
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung,
Wirtschaftsförderung und Standortmanagement
Vorlage: 16/SVV/0469
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 4.2 Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den
Potsdamer Kitas
Vorlage: 17/SVV/0042
Fraktion DIE LINKE
- 4.3 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen
Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
- 4.4 Smart City - Potsdam Service App
Vorlage: 17/SVV/0147
Fraktionen CDU/ANW, SPD
- 4.5 Prüfung Schulstandort Babelsberg
Vorlage: 17/SVV/0168
Fraktion DIE aNDERE
- 4.6 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
Vorlage: 17/SVV/0172
Fraktionen SPD, CDU/ANW
- 4.7 Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt
Vorlage: 17/SVV/0175
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.8 Regionalbahn nach Spandau
Vorlage: 17/SVV/0176
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.9 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister
Vorlage: 17/SVV/0187
GB Zentrale Steuerung und Finanzen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Entwicklungsbereich Krampnitz - 13. Sachstandsbericht
Vorlage: 17/SVV/0274
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Bezahlbarer studentischer Wohnraum in der Mitte
Vorlage: 17/SVV/0184
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 Wohnungstauschzentrale für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0211
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 5.4 Erhalt der derzeit im Volkspark betriebenen Beachvolleyballanlage
Vorlage: 17/SVV/0277
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.5 Bericht - Azubivergütungen im Klinikum Ernst von Bergmann
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.03.2017

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, die folgenden

Tagesordnungspunkte **zurückzustellen:**

- **4.1** - Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement, da es hierzu noch Beratungsbedarf gebe,
- **4.3** - Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP, da hierzu die Voten des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie des Jugendhilfeausschusses fehlen,
- **4.4** - Smart City - Potsdam Service App, da er gemeinsam mit der DS 17/SVV/0035 - Einberufung Expertengremium für Digitalisierung – beraten werden soll,
- **4.7**- Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt, da dieser Antrag in den Ausschüssen Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr noch nicht beraten wurde.

Der Tagesordnungspunkt **4.2** - Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den Potsdamer Kitas – sei bereits mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2017 abschließend behandelt worden, was Herr Dr. Scharfenberg auf Nachfrage bestätigt. Insofern hat sich dieser Antrag **erledigt**.

Im Weiteren schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte 3 und 5.1 gemeinsam zu behandeln und unter dem Punkt „Sonstiges“ eine Information zur Personalsituation in der Ausländerbehörde sowie auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Veröffentlichungen über eine Predigt beim Freitagsgebet aufzunehmen.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 53. Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2017 wird mit 15 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 5.1 Entwicklungsbereich Krampnitz - 13. Sachstandsbericht

Vorlage: 17/SVV/0274

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Zahn von der Deutschen Wohnen AG.

Er führt weiter aus, dass es bislang bezüglich des Entwicklungsbereichs Krampnitz nicht viel zu berichten gegeben habe und auch deshalb die Beschlussvorlage 15/SVV/0455 vorgelegt wurde, um in ein Enteignungsverfahren einzusteigen. Jetzt sei mit unterschiedlichen Akteuren eine Einigung erzielt und mit dem gestrigen Tag auch alle Rechtsstreitigkeiten beigelegt worden, die allerdings noch unter Gremienvorbehalt stehen.

Diese Einigung beinhaltet, dass die Deutsche Wohnen AG die TG übernommen habe, was die Voraussetzung dafür sei, dass das Land und die TG Einigkeit darüber erzielt haben, den bestehenden Kaufvertrag rückabzuwickeln. Das Land habe im Weiteren der Stadt Grundstücke übertragen und die wiederum habe Teilflächen in Krampnitz der Deutschen Wohnen AG unter der Voraussetzung übertragen, dort in den Wohnungsbau zu investieren.

Er sei allen Beteiligten dankbar, dass diese Regelung ermöglicht wurde, weil er meine, dass dies eine gute Lösung sei und ein finanzstarker Investor mit entsprechendem know how gefunden worden sei.

Anschließend erläutert Herr Nicke, Pro Potsdam, an Hand einer Power-Point-Präsentation den Erwerb der Landesflächen und die diesbezüglich ausgehandelten Konditionen näher und stellt den geplanten Wettbewerbsbereich vor sowie den Geltungsbereich der Bebauungspläne. Aufgabe der Pro Potsdam sei es nun, zügig in die Erschließung zu gehen, um im Oktober 2018 den ersten Spatenstich vornehmen zu können. Deshalb seien als nächste Schritte der Start der Erschließungsplanung im April 2017 und der Start des städtebaulichen Wettbewerbs im Oktober 2017 geplant. Angestrebt werde im Oktober 2018 die erste Planreife, im März 2020 der Baubeginn der ersten Kita und im September 2020 die ersten Einzüge.

Anschließend stellt Herr Zahn (ebenso an Hand einer Power-Point-Präsentation) die Deutsche Wohnen AG und deren Ziel vor, Wohnen für mittlere Einkommen in Krampnitz anzubieten.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass dies eine Gelegenheit sei, sich „richtig zu freuen“, da nun ein so lang geplantes Projekt auf den Weg gebracht werde. Auf seine Nachfrage, was als realistisch bezüglich der Zeitplanung für die Entwicklung der Maßnahme angesehen werden könne, entgegnet der Oberbürgermeister, dass derzeit von 10 Jahren ausgegangen werde; dies setze aber voraus, dass die Gremien entsprechend „mitziehen“. Herr Goetzmann ergänzt, dass es um die „Geschwindigkeit“ der Beratung der Bebauungspläne gehe und die Vorläufe für die Gremien dabei ein ganz maßgebliche Rolle spielen. Bezüglich der Nachfrage zur Miethöhe erwidert Herr Nicke, dass die vertragliche Vereinbarung eine kalkulierte Zielmiete von 8,50 € enthalte, dies aber auch vom Zustand des vorhandenen Bestands abhänge. Dies, so Herr Zahn, sei die avisierte durchschnittliche Miete; viel wichtiger für das Unternehmen sei, welche Wohnungszuschnitte und Wohnungsgrößen angeboten werden müssen.

Auch Herr Finken bewertet in seinem Redebeitrag die jetzige Entwicklung als positiv und sieht darin eine gute Perspektive für den Potsdamer Norden. Frau Armbruster bedankt sich bei allen Beteiligten und fragt, ob auch die Verkehrsentwicklung mit berücksichtigt wurde. Herr Nicke betont, dass dies auch Gegenstand der Verhandlungen gewesen sei und Herr Goetzmann verweist auf die von der Stadtverordnetenversammlung erteilten Arbeitsaufträge, die nun von der theoretischen Planung in die Praxisumsetzung übergeleitet werden können.

Anschließend **zieht** der Oberbürgermeister die DS **15/SVV/0455 zurück**.

zu 3 Entwicklungsbereich Krampnitz - Durchsetzung des Grunderwerbs von Landesflächen

Vorlage: 15/SVV/0455

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Die Entwicklungsträger Potsdam GmbH als Treuhänderin der Stadt wird ermächtigt, hinsichtlich folgender Flächen:

Gemarkung Krampnitz, Flur 1, Flurstücke 199 und 200; Gemarkung Fahrland, Flur 5, Flurstücke 4, 9, 11, 13, 14, 18, 19, 20, 21, 57/1, 80, 110, 113, 115, 116, 117, 124, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134; Gemarkung Fahrland, Flur 6, Flurstücke 32/1, 32/2, 33, 34, 35, 36/1, 36/2, 37, 38, 40, 52
(siehe Anlage)

innerhalb des Entwicklungsbereichs Krampnitz entsprechende Enteignungsanträge und sonstige Anträge zur Durchsetzung des Grunderwerbs vor der Enteignungsbehörde des Landes Brandenburg zu stellen und die Verfahren durchzuführen.

Auf Grund der Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt 3 wird diese Beschlussvorlage **zurückgezogen**.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement

Vorlage: 16/SVV/0469

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

zurückgestellt

zu 4.2 Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den Potsdamer Kitas

Vorlage: 17/SVV/0042

Fraktion DIE LINKE

Dieser Antrag wurde bereits mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2017 abschließend behandelt.

zu 4.3 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 4.4 Smart City - Potsdam Service App

Vorlage: 17/SVV/0147

Fraktionen CDU/ANW, SPD

Dieser Antrag soll gemeinsam mit der DS 17/SVV/0035 - Einberufung Expertengremium für Digitalisierung – beraten werden.

zu 4.5 Prüfung Schulstandort Babelsberg

Vorlage: 17/SVV/0168

Fraktion DIE aNDERE

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass dieser Antrag sowohl im Ausschuss für Bildung und Sport als auch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **abgelehnt** wurde.

Herr Blume wirbt namens der Fraktion DIE aNDERE darum, diese Votierung zu überdenken und zumindest andere Standorte in Erwägung zu ziehen.

Der Antrag wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, intensiv und ernsthaft zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Zeitrahmen ein Schulneubau an folgenden Standorten in Babelsberg realisierbar ist:

1. Glasmeisterstraße (Gelände Havelbus)
2. Großbeerenstraße / Marlene-Dietrich-Allee (Parkplatz Filmpark)
3. Medienstadt Ecke Großbeerenstraße / August-Bebel-Straße.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im April 2017 über das Prüfergebnis informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	15
Stimmenthaltung:	2

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

zu 4.6 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018

Vorlage: 17/SVV/0172

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, den Beschlusstext um eine Terminstellung zur Vorlage des Prüfergebnisses (Januar 2018) zu ergänzen.

Herr Schubert bestätigt namens der Verwaltung, dass diese Zeitschiene vorstellbar sei und Herr Heuer übernimmt namens der Antragsteller die vorgeschlagene Ergänzung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer neuen Gesamtbetrachtung zu prüfen, wie die Stadtteilarbeit in Potsdam angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt über das Jahr 2017 hinaus auf hohem Niveau verstetigt werden kann.

Die Prüfung soll stadtteilspezifische bestehende Strukturen betrachten, Bedarfe ermitteln, Handlungsempfehlungen aussprechen und entsprechende Aufwände bis Ende 2017 beziffern.

Dabei ist insbesondere zu prüfen, wie der Wegfall der Förderung aus dem Programm Soziale Stadt kompensiert werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2018 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 17
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4.7 Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt

Vorlage: 17/SVV/0175

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.8 Regionalbahn nach Spandau

Vorlage: 17/SVV/0176

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Armbruster bringt den Antrag namens der Fraktion ein und verweist auf die diesem Antrag zugrundeliegende Berichterstattung der Deutschen Bahn AG im Hauptausschuss.

Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass seitens der Vertreter der Deutschen Bahn AG auf den überlasteten Bahnhof Spandau und den für die Regionalbahn nötigen Ausbau des Gleisnetzes verwiesen worden sei. Trotzdem, so Herr Goetzmann, sei diese Thematik Gegenstand der laufenden Verhandlungen und könne die Position der Stadt mit einem entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bekräftigt werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam bittet den Oberbürgermeister, mit dem Land (MIL) erneut über die Regionalbahn-Anbindung Potsdams an den ICE-Bahnhof in Berlin-Spandau zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 4.9 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister

Vorlage: 17/SVV/0187

GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Finken, die Sitzungsleitung.

Eingangs bringt Herr Kirsch den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP mit folgendem Wortlaut ein:

Die Vorlage wird zurückgestellt bis die im Folgenden genannten Punkte erledigt wurden:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, die vollständige Dienstaufsichtsbeschwerde im Wortlaut den Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen und im Allris zu veröffentlichen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, den diesbezüglichen Schriftwechsel mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht (LDA) sowie der Kommunalaufsicht den Stadtverordneten vollständig zur Verfügung zu stellen und im Allris zu veröffentlichen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5.4.2017 schriftlich Stellung zu nehmen zu allen in der Dienstaufsichtsbeschwerde behaupteten Verstößen :
 - § 21,1 BbgKVerf Verschwiegenheitsgebot
 - § 201 StGB Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes
 - § 353 b StGB Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht.
4. Der Oberbürgermeister, das Büro der Stadtverordnetenversammlung und das Präsidium der SVV werden um einen Bericht gebeten, was in der Zeit vom Eingang der persönlichen Erklärung des Stadtverordneten Menzel und der Übergabe des Wortprotokolls an die ProPotsdam GmbH geschah.

Anschließend nimmt Herr Exner zu diesem Änderungsantrag Stellung, der seiner Meinung nach auch eine „Stück“ Geschäftsordnungsantrag sei. Er betont, dass bezüglich der Nutzung der Mitschnitte differenziert werden müsse, weil jedes andere Mittel darüber hinaus geboten und erlaubt gewesen wäre. Er weist nachdrücklich darauf hin, dass es geboten war, Strafantrag zu stellen. Dass das nicht abwegig war, zeige auch das jetzt laufende Verfahren. Mit dem Änderungsantrag werde auch darauf abgestellt, dass die Vorlage bezüglich ihrer Veröffentlichung nicht „in Ordnung“ gewesen wäre. Hierzu liege eine Stellungnahme des Innenministeriums vor, die bestätige, dass den Stadtverordneten alle nötigen Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden.

Frau Krusemark führt weiterhin aus, dass der Oberbürgermeister hier in doppelter Funktion tätig gewesen sei – nämlich als Oberbürgermeister und als Gesellschafter. Außerdem sei Herr Menzel nicht wie in der Diskussion angedeutet versehentlich übers Ziel hinaus geschossen; er sei bereits im Vorfeld der Sitzung darauf hingewiesen worden, dass sein Vorhaben nicht richtig sei.

In der sich anschließenden Diskussion bestätigt Herr Schüler, dass die Informationen an die Fraktionen umfassend gewesen seien, um sich ein Bild über den Sachverhalt zu machen. Er weist darauf hin, bei der Entscheidung über die Dienstaufsichtsbeschwerde sorgfältig zwischen den einzelnen Sachverhalten zu trennen. Die Frage, ob Herr Menzel eine Straftat begangen hat, stehe bei der Beurteilung der Dienstaufsichtsbeschwerde nicht zur Debatte – sondern nur, ob das, was dem Oberbürgermeister vorgeworfen werde, zu einer Rüge führe. Der Sachverhalt selbst sei im Hauptausschuss umfänglich diskutiert worden; der Oberbürgermeisters habe zugesichert, dass so etwas nicht wieder vorkomme.

Herr Dr. Scharfenberg schließt daran an und verweist darauf, dass sich der Oberbürgermeister für die Nutzung der Tonbandmitschnitte entschuldigt habe. Die Fraktion DIE LINKE habe in ihrer Stellungnahme vorgeschlagen, der Zurückweisung der Dienstaufsichtsbeschwerde mit der Ergänzung zu folgen, dass das Vorgehen missbilligt werde.

Herr Kirsch plädiert dafür, diesem Vorschlag zu folgen und **zieht** den Änderungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP **zurück**.

Herr Heuer betont nachdrücklich, dass er diesem Vorschlag nicht folgen werde, weil es seiner Meinung nach einen entscheidenden Unterschied gebe. Der

Aufsichtsrat tage grundsätzlich nicht öffentlich – die Stadtverordnetenversammlung hingegen tage grundsätzlich öffentlich und schließe die Öffentlichkeit nur unter ganz bestimmten Prämissen aus.

Dem Vorschlag von Herrn Finken folgend, wird über die Änderung getrennt abgestimmt:

Der ergänzende Satz entsprechend dem Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, namens der Fraktion DIE LINKE:

Das Verhalten des Oberbürgermeisters wird missbilligt.

wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 9
Stimmenthaltung: 1

abgelehnt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Dienstaufsichtsbeschwerde des Herrn Menzel gegen den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam vom 20. Juni 2016 wird zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 4

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.2 Bezahlbarer studentischer Wohnraum in der Mitte

Vorlage: 17/SVV/0184

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Auf die Frage von Frau Dr. Müller nach der nächsten Berichterstattung entgegnet Herr Goetzmann, dass die Stadt am kommenden Montag Gelegenheit habe, zu diesem Thema beim Land vorzutragen. Der Oberbürgermeister sagt zu, in der nächsten Hauptausschusssitzung erneut zu informieren.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Wohnungstauschzentrale für Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0211

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Erhalt der derzeit im Volkspark betriebenen Beachvolleyballanlage

Vorlage: 17/SVV/0277

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.5 Bericht - Azubivergütungen im Klinikum Ernst von Bergmann

Herr Grebner erläutert an Hand einer Power-Point-Präsentation, dass entsprechend des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 02.09.2012:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien des städtischen Klinikums „Ernst von Bergmann“ ... darauf hinwirken, dass Auszubildende im Potsdamer Klinikum eine Ausbildungsvergütung erhalten, die mindestens so hoch ist wie im Krankenhaus Brandenburg.

Dementsprechend wurden seit 2012 die Ausbildungsvergütungen kontinuierlich angehoben und trat mit Wirkung vom Juli 2015 der Tarifvertrag für die Auszubildenden in der Krankenpflege für das Klinikum Ernst von Bergmann in Kraft. Mit Abschluss dieses Tarifvertrages wurde eine Anhebung der Ausbildungsvergütung auf das damalige Niveau in Höhe von 100% des Ausbildungsentgeltes des Krankenhauses Brandenburg zum 1.1.2016 realisiert.

Nunmehr erfolge auf der Grundlage einer Gesamtzusage wiederum die Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf das inzwischen weiter entwickelte Ausbildungsentgeltniveau des Krankenhauses Brandenburg.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Information zur Personalsituation in der Ausländerbehörde

Herr Schubert informiert, dass sich die personelle Situation erheblich verbessert habe, derzeit nur noch eine Stelle unbesetzt sei und sich 3 Kollegen in Elternzeit befinden. Zur Entspannung der Situation haben auch die neuen Räumlichkeiten und Schulungsmaßnahmen beigetragen. Er bestätigt, dass es beim Umzug technische Probleme bzgl. der Software und der Server gegeben habe – mittlerweile habe sich die Arbeitssituation aber deutlich gebessert.

Er schließt an seine Ausführungen die Bitte an die Fraktionen an, sich zur Lösung von Einzelproblemen nicht an die Mitarbeitenden der Ausländerbehörde zu wenden, da schon allein aus datenschutzrechtlichen Gründen keine diesbezüglichen Auskünfte erteilt werden können.

Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob die zur Lösung der Personalprobleme angedachte Motivation durch finanzielle Anreize umgesetzt worden sei, verneint Herr Schubert.

Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass Schulungsmaßnahmen dazu führen können, die Ausländerbehörde schließen zu müssen, z.B. bei Softwareschulungen.

Veröffentlichungen über eine Predigt beim Freitagsgebet

Herr Schubert führt dazu aus, dass in einem Gespräch am heutigen Tag mit dem Vorstand der Muslime vereinbart worden sei, dass der Verein zukünftig die Predigten ins Deutsche übersetzt und die Predigten auf der Internetseite sowohl

in arabisch als auch in deutsch zur Verfügung stehen.

Herr Schüler und Herr Finken begrüßen die Reaktion des Oberbürgermeisters und den diesbezüglich geführten Dialog.

Der Empfehlung von Herrn Heinzl, über einen weiteren Gebetsraum nachzudenken, stimmt der Oberbürgermeister zu. Dies sei auch das Ziel der Stadt; allerdings unterstütze sie nur die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten und habe die Biosphäre nur als Zwischenlösung angeboten. Die Stadt werde weiterhin alles dafür tun, den Dialog zu aktivieren und Gespräche zu führen.

Herr Hohloch betont, dass die AfD schon seit längerem auf diese Problematik aufmerksam gemacht habe und seitens der Presse von konservativen und nicht integrationsfähigen Äußerungen die Rede gewesen sei. Er fragt, ob seitens der Stadt angedacht sei, die Finanzierung auszusetzen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass sich der Vorstand selbst Transparenz auferlegt habe; Herr Heuer betont, dass die demokratischen Parteien durchaus in der Lage seien, mit diesem Thema umzugehen.